

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Norbert Gansel MdB berichtet über neue Erkenntnisse in der U-Boot-Affaire: Über Südafrika nach Chile.

Seite 1

Horst Peter MdB warnt vor den Folgen des CDU-Wahlkampfes in Hessen: Strohalm - Ausländerhetze.

Seite 2

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB berichtet über die Reaktionen auf ihren Aufruf gegen den Fremdenhaß.

Seite 4

Wolfgang Zeisig resumiert die Folgen der „Wende“: Ziel: Ablenkung.

Seite 5

Harald Schweitzer MdL nimmt die Politik des rheinland-pfälzischen Kultusministers Gölter unter die Lupe: Kurze Schulzeit = Kurzer Verstand?

Seite 6

44. Jahrgang / 49

10. März 1989

Über Südafrika nach Chile

Neuigkeiten in der U-Boot-Affaire

Von Norbert Gansel MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im U-Boot-Untersuchungsausschuß

„The Daily Telegraph“ meldete am 1. März 1989 aus Santiago das Eintreffen des südafrikanischen Verteidigungsministers zu einem zweiwöchigen Besuch in Chile. Als „Reisemittel“ benutzte er dabei das U-Boot-Mutterschiff „Drakensberg“, an dessen Konstruktion jene deutschen Firmen beteiligt waren, die Blaupausen für den U-Boot-Bau nach Südafrika lieferten.

Offizielles Ziel der Reise des südafrikanischen Verteidigungsministers ist die Untersuchung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Bergbau-Industrie. Bergbau gehört normalerweise nicht zum Bereich eines Verteidigungsministeriums. Es wird deshalb vermutet, Südafrika wolle seine chilenischen Partner für den Bau von U-Booten interessieren. Pretoria biete dafür die in der Bundesrepublik gekauften U-Boot-Blaupausen an, mit deren Hilfe die Schiffe auf der chilenischen Werft in Talcahuano konstruiert werden könnten. Als Beweis wird die Tatsache gewertet, daß die südafrikanische Firma Sandock Austral in Chile eine Werft errichtet hat. Sandock Austral ist das Unternehmen, das in einem Tarnvertrag mit dem Ingenieurkontor Lübeck und den Howaldtswerken Kiel auftauchte, um das U-Boot-Geschäft zu vertuschen.

Die im Auftrag der UNO arbeitende World Campaign against military and nuclear collaboration with South Africa mit Sitz in Oslo will die Angelegenheit vor die UN-Gremien zur Überwachung des Waffenembargos bringen.

In Genf hat Außenminister Genscher am 2. März 1989 vor der Presse eine Ankündigung abgegeben, die auch in Schleswig-Holstein Aufmerksamkeit erregen mußte: Die indische Tageszeitung „The Hindu“ meldete am 3. März 1989, Genscher habe auf die Frage, ob seine Ankündigung, in dem Libyen-Skandal würden die Verantwortlichen unnach-sichtig verfolgt, auch für die U-Boot-Affaire gelte, erklärt, eine strafrechtliche Untersuchung sei auf dem Weg („a criminal investigation is under way“). Damit können nur staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gemeint sein, denen die Bundesregierung ausdrücklich zustimmen muß, soweit es sich um Geheim-schutzverletzungen handelt. (-/10.3.1989/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdverlag: Einzelt
rev. - erw. des Anstaltigen
Fernverlag-Papier



Strohalm - Ausländerhetze

Bei der Union sind alle Schamgrenzen gefallen

Von Horst Peter MdB

Hans-Dietrich Genscher warnte nach der Berliner Wahl die Unionsparteien vor einem „Anpassungsopportunismus“ gegenüber Republikanern und NPD/DVU, eine Warnung, die wohl zu spät kommt. In Hessen marschiert die Union in Richtung „Harzburger Front“. Dort werfen sich NPD und CDU gegenseitig vor, Wahlanzeigen voneinander abgeschrieben zu haben, die NPD frohlockt, die rechten Parolen der CDU würden in Kombination mit dem Sieg der Republikaner in Berlin den Nationaldemokraten einen „Seriositätsbonus“ verschaffen. Die CDU macht den rechten Rand hoffähiger. Schwarz-braune Koalitionen sollen nach einer Anstandsfrist gebildet werden.

Dabei sind die Reaktionen aller Bonner Koalitionsparteien auf das Berliner Ergebnis und den Erfolg der Republikaner wenig überzeugend und glaubwürdig.

Bekannt ist, daß sich alle Koalitionsparteien vor der Berliner Wahl im Plenum des Deutschen Bundestages für das kommunale Wahlrecht für EG-Ausländer und mehr einsetzten. „Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf nationaler Ebene und im Rat der Gemeinschaft für die Umsetzung des Berichts einzusetzen. Dazu gehört insbesondere eine Regelung des Wahlrechts für alle EG-Bürger, die in einem anderen Mitgliedsstaat ihren Wohnsitz haben. Diese Regelung ist nicht auf das kommunale Wahlrecht zu beschränken.“

Nach der Berliner Wahl erklärte Justizminister Engelhard entsprechende Initiativen der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg erst für verfassungswidrig, erhielt dann wohl einen Wink aus dem Auswärtigen Amt und gerierte sich als Freund des Ausländerwahlrechts.

Wie ein waidwund geschossenes Tier reagiert angesichts drohender Niederlagen die hessische Union im hessischen Kommunalwahlkampf. Das hat hier Tradition. Schon 1985 führte Wallmann in Frankfurt seinen Wahlkampf mit prononciert ausländerfeindlichen Tönen. Heuer erklärt Wallmann, er sehe juristische und politische Hindernisse für die Einführung des Ausländerwahlrechts. Den politischen Grund, den er nicht aussprach, hat ein von der CDU bestellter Gutachter jüngst gelüftet: man befürchtet, daß die Ausländer überwiegend sozialdemokratisch wählen. Im Stadtparlament brachte die CDU einen Antrag ein, indem festgestellt wird, daß die „Grenze der Aufnahmefähigkeit der Stadt für Asylanten erreicht“ sei. Oberbürgermeister Brück erklärte, das „anständige Frankfurt hat keinen Anlaß zur Scham, wenn es das kommunale Wahlrecht für Ausländer ablehnt“.

In landesweiten Anzeigen hetzt die Union: Das Ausländerwahlrecht „verstößt nicht nur gegen unsere Verfassung, sondern auch gegen jede politische Vernunft. Wir wollen auch nicht, daß ausländische Extremisten ihre Fehden vor unseren Wahllokalen austragen. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für das Ausländerwahlrecht. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme gegen das Ausländerwahlrecht“.

Wenig glaubwürdig und ernsthaft ist die Politik der CDU, wenn sie einerseits ständig die Freundschaft mit den USA und den europäischen Staaten betont, für die europäische Einigung eintritt und wie Oberbürgermeister Brück vor der Berliner Wahl im Handelsblatt erklärt: „Mehr als bisher wird das erforderliche Personal im gesamten EG-Raum angeworben werden müssen“ - um das Dienstleistungszentrum Frankfurt attraktiv und leistungsfähig zu halten -, andererseits aber gegen die konkret hier lebenden Ausländer hetzt. Wenig glaubwürdig ist die Union, wenn unter Vorsitz von Oberbürgermeister Brück der hessische Städtetag die Einführung des kommunalen Wahlrechts für EG-Bürger für wünschenswert erklärt und jetzt die letzten Stimmen rechts von der Union mit der Agitation gegen die Ausländer zusammengekehrt werden sollen.

Wenig glaubwürdig sind die Krokodilstränen der Union über das Anwachsen des rechten Stimmenpotentials, wenn man weiß, wie die Union konkret mit rechten Gruppierungen umgeht. Nacheinander verschwinden alle rechtsradikalen Gruppierungen aus den Verfassungsschutzberichten, die CDU-Creme schreibt längst in der Zeitschrift „Mut“, und wenn man den Umgang der Union mit der „Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ des Europäischen Parlamentes aus dem Jahre 1986 kennt. Das Europäische Parlament fordert unter anderem eine angemessene Unterrichtung und eine Sensibilisierung aller Bürger angesichts der Gefahren des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit und hebt die Notwendigkeit hervor, dafür zu sorgen, daß jeder Akt und jede Form von Diskriminierung vermieden oder unterbunden wird. Dieser EP-Bericht ist bisher im Bundestag nicht behandelt worden, der Innenminister namens Zimmermann (CSU) hat bisher überhaupt nicht darauf reagiert.

Erschreckend ist die ausländerfeindliche Hetze der Union, weil sie hier mit der schwierigen Lebenssituation einer Gruppe von Menschen auf Stimmenfang geht, die sich mangels Stimmrecht nicht dagegen wehren kann, sich die schwächste Gruppe der in der Bundesrepublik lebenden Menschen für ihre Wahlpropaganda gewählt hat.

Wir werden abwarten müssen, ob es der Union gelingt, mit der Ausländerhetze den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, die sie sich selbst um den Hals gelegt hat. Jahrelang hat die Union die Bereitschaft der osteuropäischen Staaten, Deutschstämmige aussiedeln zu lassen, zum Prüfstein der Beziehung zu diesen Staaten erhoben. Jetzt kommen die Aussiedler in Massen, und dies ist der Union auch nicht recht, denn der Stammtisch in der deutschen Provinz hat die von der Union erzeugte ausländerfeindliche Stimmung zwar willig aufgenommen, aber der Stammtisch differenziert nicht zwischen ausländischen Arbeitern, „Asylanten“, Umsiedlern und Aussiedlern. Das deutsche Gemüt reagiert schlicht auf die schlichte Argumentation der Union.

Einen außenpolitischen Ausweg aus der innenpolitischen Sackgasse wird die Union nicht gehen: die Stabilisierung des Reformkurses in der Sowjetunion durch ökonomische Kooperation und zurückhaltende Sicherheitspolitik.

(-/10.3.1989/st/ks)

Dem Fremdenhaß entgegenzutreten

Viel Zustimmung zur SPD-Initiative „Für ein weltoffenes Hessen und gegen Fremdenfeindlichkeit“

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB

Die von rechtsgerichteten Kreisen geschürte Hetze gegen Ausländer bleibt nicht ohne Widerspruch. Sie erfüllt viele gesellschaftliche Gruppen mit Sorge. Daher habe ich ein „Bündnis für ein weltoffenes Hessen und gegen Fremdenfeindlichkeit“ angeregt und dazu in den vergangenen Wochen ermutigend viel Zustimmung bekommen.

Positiv reagiert haben der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Gewerkschaften wie IG Bau-Steine-Erden, GEW, Postgewerkschaft, DGB-Landesbezirk und DAG, der Hessische Jugendring und der SPD-Landesverband. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden etwa hält ein entschiedenes und klares Nein zu ausländerfeindlichen Parolen und Fremdenhaß gerade mit Blick auf die jüngere Vergangenheit in Deutschland für geboten. Auch das Kommissariat der Katholischen Bischöfe in Hessen warnt vor Fremdenfeindlichkeit und plädiert für ein gutes Miteinander mit den bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern.

Der Landesverband der Europa-Union schreibt: „...es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, über die Europa-Union in den nächsten Monaten nach außen massiv in der Weise zu wirken, daß wir uns gegen die ausländerfeindlichen Agitationen und Parolen wenden, für eine humane und wirklich soziale Integration der Ausländer bei uns eintreten und dabei auch deutlich machen, welcher wichtigen Anteil Millionen von Ausländern an dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau in der Bundesrepublik haben...“

Enttäuschend, wenn auch nach den jüngsten Kampagnen im Wahlkampf nicht mehr überraschend, ist die Reaktion der Hessen-CDU ausgefallen. Deren Generalsekretär der sich einerseits zu „Toleranz und Menschlichkeit“ bekannt, zugleich aber die bekannte Agitation seiner Partei gegen das Kommunalwahlrecht für Ausländer erneuert. Dabei sieht die hessische CDU geflissentlich darüber hinweg, daß ihre Abgeordneten am 19. Januar im Bundestag zusammen mit den anderen Parteien eine Empfehlung beschlossen haben, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, das allgemeine Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger der EG in allen Mitgliedstaaten, in denen sie ihren Wohnsitz haben, so schnell wie möglich einzuführen. Auch im Europaparlament haben die CDU-Abgeordneten gemeinsam mit den Parlamentariern ihrer Schwesterparteien und denen der Sozialistischen Fraktion das Kommunalwahlrecht für alle EG-Bürgerinnen und -Bürger gefordert. Es ist beschämend, daß die CDU nun aus wahlopportunistischen Überlegungen nicht einmal mehr vor einer Gesinnungskoalition mit den rechtsextremen Republikanern zurückschreckt.

An die über 80.000 Mitglieder des SPD-Bezirks Hessen-Süd wie an alle Bürgerinnen und Bürger, für die Menschlichkeit und Toleranz ebenso ein glaubwürdiges Anliegen sind, appelliere ich, unmißverständlich allen Äußerungen von Fremdenhaß entgegenzutreten. Die Lehre aus unserer Geschichte lautet: Wehret den Anfängen.

(-/10.3.1989/st/ks)

Ziel: Ablenkung

Die „Wende“ ist gescheitert

Von Wolfgang Zeisig
Referent der SPD-Bundestagsfraktion für Innenpolitik

Diese Bundesregierung ringt ebenso wie die CDU/CSU um Profil, um eine „profimäßige“ Darstellung ihrer Politik, wie Heiner Geißler es ausdrückte. Dabei geht es nicht etwa um eine bessere Darstellung der Regierungspolitik. Im Gegenteil: Es geht um die Ablenkung von Mißerfolgen der Regierungspolitik und um die Verkleisterung unüberbrückbarer Gegensätze innerhalb der Unionsparteien und der Koalitionsfraktionen.

Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit zu den drängenden gesellschaftlichen Problemen keine weiterführenden Positionen gefunden, es insbesondere während ihrer Oppositionszeit in Bonn versäumt, sich zu „regenerieren“. Stattdessen entwickelte sie - mit Hilfe der Demoskopie - neue Methoden der semantischen und propagandistischen politischen Auseinandersetzung. Dabei wurden Versprechen gegeben, die diese Bundesregierung nicht einlösen konnte. Zum Beispiel:

Wo hat die Bundesregierung die von der CDU/CSU geforderte geistige Führung und Erneuerung bewiesen? Wo gibt es heute - wie versprochen - mehr Freiheit und weniger Bürokratie? Was ist aus der Ankündigung geworden, Subventionen und Staatsverschuldung abzubauen? Wer will sich in der CDU/CSU heute noch daran erinnern, daß die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts mit dem Vorwurf des „Anti-Amerikanismus“ und „Pro-Kommunismus“ bekämpft wurde? Nicht zuletzt: was ist aus dem Vorsatz und Versprechen der CDU/CSU geworden, die Zahl der Arbeitslosen drastisch zu vermindern?

Von den früheren CDU/CSU-Ankündigungen, mit denen die sogenannte „Wende“ eingeleitet werden sollte, ist nichts übriggeblieben, mit Ausnahme des Abbaus unseres Sozialstaates. Gerade deshalb bläst der Bundesregierung aber heute der Wind ins Gesicht.

Die CDU/CSU war bei Regierungsübernahme auf die gesellschaftlichen Probleme nicht vorbereitet. Diese haben sich während ihrer Regierungszeit vielfach verschärft. Die sogenannte Wende in Bonn ist gescheitert.

Die von Heiner Geißler und anderen in vergangenen Jahren betriebene Strategie hat der CDU/CSU in der Regierungsverantwortung letztlich nichts genutzt, das innenpolitische Klima aber über Jahre hin vergiftet. Wie erbärmlich muß der Zustand der CDU/CSU sein, wenn sie jetzt meint, auf solche erfolglosen Rezepte mit bewährten Feindbildern zurückgreifen zu müssen, wobei sie sich auch noch in die Gesellschaft von Republikanern und NPD begibt.

Was von den Warnungen vor einem angeblichen „rot-grünen“ Chaos im übrigen zu halten ist, zeigt ein Blick in die bayerische Landeshauptstadt München. Dort nämlich hat die CSU einen grünen Kommunalpolitiker zum Referenten gemacht.

(-/10.3.1989/st/ks)

* * *

Kurze Schulzeit = Kurzer Verstand?

Nur gute Ausbildung stärkt die Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt

Von Harald Schweitzer MdL
Bildungspolitischer Sprecher der SPD Rheinland-Pfalz

Wer, wie der rheinland-pfälzische Kultusminister und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Dr. Georg Gölder (CDU) den europäischen Binnenmarkt zum Anlaß nimmt, die dreizehnjährige Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen, handelt kurzsichtig und will in Wahrheit nur vertuschen, daß er Elitklassen einrichten will. Der Hinweis auf die kürzere Schulpflicht in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist nur die halbe Wahrheit. Zum einen lassen sich die Abiturabschlüsse nicht mit dem deutschen Abitur vergleichen, zum anderen sind die tatsächlichen Schulzeiten in diesen Ländern zum Teil erheblich länger als die gesetzliche Schulpflicht.

Das Argument, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Jugendlichen und jungen Arbeitnehmer in Europa würde durch kürzere Ausbildungszeiten gesteigert, ist falsch. Konkurrenzfähigkeit wird nicht durch eine Verschlechterung erreicht, sondern durch eine bessere Qualität des bildungspolitischen Standards an unseren Schulen. Nur eine gute Ausbildung stärkt die Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Die Diskussion ist deshalb verkürzt, weil zwar bei den Auswirkungen des Binnenmarktes auf unser Bildungssystem nur allzu vordergründig die Angleichung von Ausbildungszeiten gefordert wird, die Tatsache aber weitgehend unberücksichtigt bleibt, daß unsere Partnerländer über weit integrativere Schulformen verfügen. Da integrierte Gesamtschulen aber zu den ideologischen Tabus des rheinland-pfälzischen Kultusministers zählen, ist das Spiel leicht zu durchschauen. Dahinter versteckt sich, daß durch eine weitere Aufgliederung unseres Schulsystems, durch Bildungsabbau, Verkürzung der Schulzeit und Absenken der Qualifikationsanforderungen elitäre Ziele für wenige verfolgt werden können. Hauptschülern und Schülern des beruflichen Bildungsweges wird der Erwerb des Abiturs erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Der CDU-Kultuspolitiker muß sich fragen lassen, welchen Bildungsbegriff er noch hat. Nachdem er schon bei der Reform der gymnasialen Oberstufe die musischen Fächer abgewertet hat, soll sich im Falle einer Schulzeitverkürzung die Stundentafel so ändern, daß darüber hinaus weniger Unterricht erteilt wird.

Wenn Dr. Gölder bejammert, daß die Hochschulabsolventen zu spät dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, dann soll er endlich anfangen, selbst die notwendigen Hausaufgaben zu machen. Dazu gehört, daß er die Hochschulen ausreichend mit Lehrpersonal und Sachmitteln ausstattet. Wesentliches Element einer möglichen Studienzeitverkürzung ist aber eine gerechte Ausbildungsförderung. Vollständig entlarvend aber wird das Vorhaben der rheinland-pfälzischen Landesregierung, wenn sie einerseits den früheren Eintritt ins Berufsleben predigt, andererseits aber ein Verfechter der Wehr- und Zivildienstverlängerung ist und für sinnvolle Schulmodelle mit doppelqualifizierenden Bildungsgängen wie der Kollegschule nachdrücklich in der Kultusministerkonferenz längere Schulzeiten gefordert und durchgesetzt hat.

Mit seinen unausgegorenen Vorschlägen hat Dr. Gölder gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft in der KUK einen Fehlstart hingelegt, der seinesgleichen in der Vergangenheit sucht.

(-/10.3.1989/st./ks)

* * *